

unwirsch reagiert (NZZ vom 6./7. Dezember 1980: „Zu enge und einseitige Optik“).

Als ersten Ausblick schließlich bezeichnet die Kommission die im vierten Teil zusammengestellten Ansätze zu einer *offenen Jugend- und Gesellschaftspolitik*. Dabei beschränkt sich die Kommission auch hier auf die Jugendunruhen bzw. die Neue Jugendbewegung. So empfiehlt der erste Vorschlag, die positiven Ansätze der Jugendbewegung zu stärken, auf politischer Ebene „die ganzen Jugendunruhen als legitime politische Äußerung zu akzeptieren, die Jugendlichen in der Weise, wie sie sich nun einmal anbieten, als Gesprächspartner ernst zu nehmen und sich auf einen langfristigen Dialog einzulassen, in Formen, die von beiden Seiten erst (oder wieder) gelernt werden müssen“. Mit den aktivsten unter den unruhigen Jugendlichen könne der Dialog nur weitergeführt werden, „wenn man vorübergehend

darauf verzichtet“, wenn man ihnen für eine Übergangszeit „einen Freiraum gewährt, in dem sie sich in Ruhe finden und ihre Vorstellungen von Autonomie und Anarchie ausprobieren können“. Daß in dieser Zeit der Dialog wiedergefunden werden kann, setzt voraus, daß „wir auf die Anliegen und Äußerungen der Jugendlichen besser hören lernen und ihnen andererseits helfen, sich so auszudrücken, daß das Mißverständnis nicht geradezu einprogrammiert ist“. Auf Provokation sei nicht mit Gegenprovokation oder Verhärtung zu reagieren, man müsse hinter das zu blicken versuchen, was vordergründig in Erscheinung tritt. „Vor Verhärtung muß man allerdings auch jene Jugendlichen warnen, die auf der Dialogverweigerung beharren, wo echte Verständnisbereitschaft vorhanden ist.“ Und schließlich seien die gesellschaftskritischen Anliegen der Jugendlichen aufzunehmen, die von der Kommission als Wider-

stand gegen den „Verlust von Lebensqualität“ verstanden werden. Spätestens hier stellt sich die Frage, ob die damit angezeigte *Sinn- und Orientierungskrise* nicht doch deutlich hätte angesprochen werden müssen. Weltanschauung und Religion kamen wohl auch deshalb nicht zur Sprache, weil sich die Kirchen bei den Jugendunruhen praktisch bis vor Weihnachten zurückgehalten haben. Erst in letzter Stunde hatten sie einen ehrlichen Versuch zur Vermittlung unternommen, für den es dann aber doch zu spät war. Für die allgemeine kirchliche Jugendarbeit wären die unruhigen Jugendlichen ohnehin eine zu große Belastung, haben doch die Kirchen mit vielen „integrierten“ Jugendlichen, mit Jugendlichen, die Anschluß gefunden haben, bereits ihre Mühe. In der römisch-katholischen Kirche bemüht man sich allerdings erfreulicherweise gerade um neue Kommunikationsstrukturen. R. W.-Sp.

Entwicklungen

Die Dritte Entwicklungsdekade

Dialog oder Konfrontation zwischen Nord und Süd?

Als die Vereinten Nationen im Jahre 1960 die Erste Entwicklungsdekade proklamierten, standen die sogenannten Entwicklungsländer im Vordergrund der von Optimismus und Fortschrittsglaube geprägten Programme. 20 Jahre später, an der Schwelle zur Dritten Entwicklungsdekade, besteht kein Zweifel: Das Problem der Entwicklung ist weltweit geworden; als „soziale Frage unseres Jahrhunderts“ betrifft es die ganze Menschheit. Unsere Welt ist eine für das Überleben aller Menschen und Völker notwendige Beziehungseinheit, ohne jedoch eine Handlungseinheit zu sein. So stellt sich dem internationalen System von Nationalstaaten die beunruhigende Frage, ob es politischem Handeln gelingen wird, die wechselseitige Abhängigkeit auf friedlichem Weg und zum Wohl aller zu gestalten.

„Mit dem Auslaufen der siebziger Jahre“, so beschreibt die Weltbank in ihrem Weltentwicklungsbericht 1979 die Situation, „wird die Interdependenz der Weltwirtschaft zunehmend deutlich. Internationaler Handel, Kapitalbe-

wegungen und Entwicklungen im Energiebereich sind Fäden im Netz wirtschaftlicher Verbindungen und gemeinschaftlicher Interessen, die die Nationen miteinander verknüpfen. Der Riß einer dieser Fäden gefährdet zugleich den Bestand unserer Verbindungen... Die internationale Gemeinschaft steht vor der Herausforderung, weitsichtige wirtschaftspolitische Initiativen zu ergreifen, um die grundlegenden gemeinsamen Interessen zu verwirklichen und sie vor schlechtberatenen Schritten auf der Jagd nach kurzlebigen Gewinnen zu bewahren“ (S. 133).

Die Situation an der Schwelle zur Dritten Entwicklungsdekade

Zwei Jahrzehnte der Entwicklungspolitik vermochten wenig. Die Fakten der sozioökonomischen Lage in der Welt zeigen *wachsende ökonomische Ungleichheiten* zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, gleichzeitig

aber auch eine Differenzierung der Entwicklungsländer untereinander und die Existenz einer menschenunwürdigen „Vierten Welt“. Das Konzept „Hilfe durch Handel“ hatte nicht den erhofften Erfolg; die Integration der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft ist unbefriedigend verlaufen. In Industrieländern wächst der Protektionismus; eigene wirtschaftliche und strukturelle Schwierigkeiten fördern die entwicklungspolitische Enthaltbarkeit. Die internationalen politischen Kräftefelder haben sich verschoben.

Im Rahmen der Vereinten Nationen fordern die Entwicklungsländer, ermutigt und gestützt durch die erdölexportierenden Staaten, eine *neue Weltwirtschaftsordnung*, um ihre relative Position im Welthandel zu verbessern, die ökonomische Macht neu zu verteilen und die Entscheidungsprozesse zu ihren Gunsten zu strukturieren. Die Verletzung von Menschenrechten und die Anwendung bewaffneter Gewalt in den Ländern der Dritten Welt wachsen; nichtrechtsstaatliche Systeme und Militärregime nehmen zu. Die sozialen und kulturellen Gegensätze verschärfen sich; das Verhältnis der Oberschicht zur Masse der Armen wird kritischer.

Der erklärte politische Wille der Entwicklungsländer zur gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Eigen- und Selbstständigkeit steht vor Problemen des kolonialen Erbes, kultureller Überlagerung und der Spannung zwischen Tradition und Modernisierung; übersteigerter Nationalismus pocht auf extreme Autonomie. Wachsende Rüstungsausgaben in fast allen Entwicklungsländern verlangsamen die Überwindung der absoluten Armut; gesellschaftliche und politische Strukturen verhindern vielfach die Beteiligung breiter Bevölkerungsschichten an der Gestaltung ihrer eigenen Zukunft. Alternative Entwicklungsmodelle treten an die Stelle westlicher Modernisierung traditionaler Gesellschaften durch forciertes Wirtschaftswachstum. Mißverständnisse, Enttäuschungen und Verhärtungen zwischen den Regierungen der Industrie- und Entwicklungsländer haben zugenommen; der Nord-Süd-Dialog ist stotternd geblieben.

Die Internationale Strategie für die Zweite Entwicklungsdekade, die am 24. Oktober 1970 von der Vollversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet wurde, sah einen ausführlichen Ziel- und Maßnahmenkatalog für die Entwicklungszusammenarbeit in den siebziger Jahren vor. Während er für den rein ökonomischen Bereich eine Reihe quantitativ festgelegter Zielgrößen enthielt, wurde der soziale Bereich kürzer und allgemeiner abgehandelt. Das globale wirtschaftliche Wachstum – als oberstes Ziel der Strategie – sollte in den Entwicklungsländern insgesamt durchschnittlich 6% pro Jahr betragen, und das Pro-Kopf-Einkommen sollte um 3,5% jährlich steigen. Eine Überprüfung der Ziele zeigt, daß nicht alle Absichten im vergangenen Jahrzehnt verwirklicht worden sind. Die Beurteilung der Entwicklungserfolge ergibt jedoch wegen der starken Diskrepanz in der wirtschaftlichen Entwicklung zwischen den Entwicklungsländern kein einheitliches Bild.

Nach Berechnungen verschiedener internationaler Orga-

nisationen scheint das *globale* Wachstumsziel annähernd erreicht worden zu sein. Zu diesem Ergebnis hat jedoch die günstige Wirtschaftsentwicklung in einigen Ländern überproportional stark beigetragen. Insbesondere die Erdöl- und Schwellenländer vermochten erhebliche Fortschritte in ihrer Wirtschaftsentwicklung zu erzielen und haben die in der Strategie dafür vorgegebenen ökonomischen Richtwerte nicht nur erreicht, sondern teilweise überschritten. Die wirtschaftliche Lage in den meisten anderen Entwicklungsländern mit dem weitaus größeren Anteil an der Gesamtbevölkerung der Entwicklungsländer hat sich im Vergleich zu den sechziger Jahren eben eher noch verschlechtert.

Die *sozialen Mißstände* in allen Entwicklungsländern konnten nicht behoben werden; besonders hart ist die in den ländlichen Gebieten lebende Bevölkerung von der Armut betroffen. Dieses unbefriedigende Ergebnis ist sowohl auf die weltwirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit als auch auf Ursachen in den Entwicklungsländern selbst zurückzuführen. In vielen Entwicklungsländern wurden *falsche Prioritäten* gesetzt, die zu hohen Ausgaben in unproduktiven Bereichen (z. B. Militär und Verwaltung) geführt haben. Durch ineffiziente Bewirtschaftung wurden personelle und finanzielle Ressourcen eingebüßt. Notwendige Reformen wurden entweder nicht in Angriff genommen, oder sie sind trotz mangelnder Voraussetzungen und Vorbereitungen durchgeführt worden, so daß ihnen dadurch vielfach kein oder nur geringer Erfolg beschieden war.

In manchen armen Ländern wurde der Staat zum Rechtfertigungsinstrument für die Privilegien einer Gruppe, die den Staatsapparat personell besetzt: Administratoren, die ihn handhaben, Beamte des Erziehungswesens, die ihn produzieren und reproduzieren und schließlich die Militärs als die harte Speerspitze des gesamten bürokratischen Zentralsystems. Eine wesentliche Ursache für die unzureichende Verwirklichung der in der Strategie vereinbarten Entwicklungsziele liegt aber auch in der mit fundamentalen weltwirtschaftlichen Veränderungen einhergehenden Weltrezession, die zur Folge hatte, daß die notwendigen Voraussetzungen für viele der vorgeschlagenen Maßnahmen und Strategien nicht mehr gegeben waren. So ging die Dekadenstrategie von einer kontinuierlichen wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung der Industrieländer aus; hohe Wachstumsraten in diesen Ländern sollten über einen stärkeren Welthandel quasi automatisch und über zusätzliche Mittel für den Ressourcentransfer direkt zu einer rascheren Beseitigung der Unterentwicklung beitragen.

Tatsächlich hielten die meisten Industrieländer ihre Zusage, den Entwicklungsländern öffentliche Mittel in Höhe von 0,7% ihres Bruttosozialprodukts zu vergünstigten Bedingungen zur Verfügung zu stellen, nicht ein. Die Entwicklungshilfeleistungen machten nur die Hälfte der Zielvorgabe aus und stagnierten im Zeitablauf, gemessen als Anteil am Bruttosozialprodukt.

Die Entwicklungsländer haben von der *erheblichen Ausweitung des Welthandels* in den siebziger Jahren zwar

profitiert, allerdings nur in sehr unterschiedlichem Maße. Besonders von dieser Entwicklung begünstigt waren im allgemeinen die rohstoffreichen Länder, die große Preisverbesserungen für ihre Ausfuhren erzielen konnten. Die in der Strategie empfohlenen Maßnahmen konzentrierten sich auf den Außenhandelsbereich der Entwicklungsländer und zogen wegen der zugrundeliegenden entwicklungspolitischen Implikationen unvorhergesehene Entwicklungen nach sich. Um eine wesentliche Voraussetzung für eine Steigerung des Exports, eine größere Produktpalette und insbesondere die Ausweitung des Angebots an weiterverarbeiteten Gütern zu schaffen, verfolgten viele Entwicklungsländer eine exportorientierte Industrialisierungsstrategie. Die *Vernachlässigung des landwirtschaftlichen Bereichs* meinte man vorübergehend in Kauf nehmen zu können; man glaubte, Fortschritte im Industrialisierungs- und Handelsbereich würden nach einiger Zeit von selbst auf den Agrarsektor übergreifen. Dieses Konzept hat in vielen Entwicklungsländern nicht den erhofften Erfolg gebracht. Es führte im Gegenteil in vielen Staaten zu einer *gütermäßigen Unterversorgung des Binnenmarktes* und leistete durch die bevorzugte Förderung großer Unternehmen, die die Industrialisierung rasch vorantreiben konnten, einer weiteren Polarisierung von arm und reich sowohl innerhalb als auch zwischen den Ländern Vorschub. Als die Einnahmesteigerungen aus dem Export im Zuge der Weltrezession und verschärft durch restriktive Handelspolitiken vieler Industrieländer stark zurückgingen, wurde überall Kritik an dem in der Strategie vorgezeichneten Entwicklungsweg laut. Im Rückblick auf die Zweite Dekade kann kritisch angemerkt werden, daß die Strategie eine zu starke Betonung auf quantitative und rein ökonomische Aspekte gelegt hat, wohingegen *soziale Probleme und qualitative Aspekte*, besonders soziokultureller Art, in den Entwicklungsbestrebungen in den Hintergrund gedrängt worden sind. Dabei haben fehlende Voraussetzungen für eine Eingliederung in den Wirtschaftsprozess und eine in den Entwicklungsländern weitverbreitete ungleiche Einkommensverteilung bewirkt, daß die Vorteile des Wirtschaftswachstums häufig gerade an den ärmsten Bevölkerungsteilen vorbeigegangen sind.

In der Tat stehen heute die armen Entwicklungsländer vor ungeheuren Problemen, für die die Situation *im Bereich der Ernährung* beispielhaft sein kann. Die Zahl der Länder mit „anormalem Nahrungsmittelmangel“ ist in den vergangenen 12 Monaten von 20 auf 32 gestiegen; dem Brutto-Zuwachs von 18 Ländern, vornehmlich in Afrika, stehen nur sechs Länder gegenüber, die nicht mehr in der „Not-Liste“ enthalten sind. Auch innerhalb der Staatengruppe der Dritten Welt sind die ärmsten Entwicklungsländer immer weiter zurückgefallen. Während am Beginn der Zweiten Entwicklungsdekade für die Nahrungsmittelerzeugung eine jährliche Zunahme von 4% als Minimum gefordert wurde, steht jetzt fest, daß die Entwicklungsländer dieses Ziel um 25% verfehlten und durchschnittlich nur 3% jährlich erreichten. Setzt man dieses Wachstum in ein Verhältnis zur Bevölkerungszunahme

von mindestens 2,5%, so ergibt sich im Durchschnitt für alle Entwicklungsländer nur eine sehr geringe Verbesserung der Pro-Kopf-Versorgung mit Nahrungsmitteln. So sehen sich sehr viele Entwicklungsländer ähnlichen Ernährungsproblemen gegenüber wie zehn Jahre zuvor.

Nach der „Dekade der Enttäuschungen“ eine „Dekade der Krisen“?

Als „Dekade der Enttäuschungen“ bezeichneten Vertreter der Dritten Welt die siebziger Jahre; schon sprechen nicht nur Pessimisten an der Schwelle der achtziger Jahre von einer „Dekade der Krisen“. In der Tat werden Krisen des Unterhalts, Krisen der politischen Herrschaft und Krisen des Sinns im sozio-kulturellen Bereich unvermeidlich sein, wenn die „Lehren“ der siebziger Jahre nicht zu neuen Orientierungen, Schwerpunkten und Strategien der Entwicklungspolitik in den Entwicklungsländern und in der Zusammenarbeit zwischen Industrie- und Entwicklungsländern führen.

Es fehlt nicht an großen und teuren Konferenzen, an wohlmeinenden Worten, leeren Versprechungen und utopischen Plänen. „Was fehlt, sind leistungsfähige Konzeptionen und wirksame Einzelmaßnahmen, welche die Lage der Menschen in den Entwicklungsländern nachhaltig ändern und die Startbedingungen in der Dritten Welt entscheidend verbessern. Diese Aufgabe geht Entwicklungs- und Industrieländer gemeinsam an, beide haben ihren Beitrag zu leisten“ (Gemeinsame Konferenz der Kirchen für Entwicklungsfragen: Soziale Gerechtigkeit und internationale Wirtschaftsordnung, Nr. 4).

Entwicklungspolitik ist Teil einer langfristigen Strategie der internationalen Gemeinschaft zur Bewältigung der gemeinsamen Zukunftsaufgaben. Berechtigte *Eigeninteressen* können auf Dauer nur im Rahmen von „*Gemeininteressen*“ gesichert werden. Das erfordert von Politikern und Bevölkerungen ein hohes Maß an verantwortungsbewußtem Handeln, getragen vom Willen zur Solidarität und sozialen Gerechtigkeit, ausgerichtet auf einen Dialog der Kulturen, auf wirtschaftliche Partnerschaft und großzügige Hilfeleistung. Ob man das Notwendigste als „Globalpakt gegen den Hunger“ oder wie immer bezeichnen mag, defensiver Pragmatismus und ordnungspolitische Streitereien müssen aufhören, wenn wir unsere eigene Zukunft retten wollen.

Neben neuen beziehungsweise dringlicher gewordenen Problembereichen wie Energie, Aufrüstung und Flüchtlingsbewegungen einschließlich ihrer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Implikationen haben die entwicklungspolitischen Erfahrungen der siebziger Jahre eine Reihe von Erkenntnissen erbracht, die sowohl für die jeweilige nationale Entwicklungspolitik der Entwicklungs- und der Industrieländer wie auch für den Nord-Süd-Dialog von Bedeutung sind.

1. In vielen Fällen hat der bisher eingeleitete Entwicklungsprozeß, auch wo er, wirtschaftlich gesehen, relativ erfolgreich verlief, erhebliche negative Folgen gezeitigt, die

man mit dem Begriff „*Kulturverlust*“ umschreiben kann. Die im Grunde von außen induzierte Entwicklung hat in den Entwicklungsländern zu tiefreichenden Veränderungen geführt, welche nicht selten eine Entwurzelung im Hinblick auf die traditionelle Wertordnung und die in ihr verankerten Einstellungen, Verhaltensweisen und Sozialstrukturen zur Folge hatten. In manchen Fällen ist sogar von einer Zerstörung der traditionellen Wertorientierung zu sprechen, ohne daß an deren Stelle eine neue Wertorientierung getreten wäre, so daß ein kulturelles Vakuum mit all seinen negativen Folgen für das menschliche Zusammenleben entstand. Es ist zu vermuten, daß gerade dieser „*Kulturverlust*“, d. h. das Nichteinbeziehen der jeweiligen kulturellen Tradition in den Entwicklungsprozeß, die tiefere Wurzel für dessen Scheitern darstellt. Denn wirkliche und dauerhafte Entwicklung ist letztlich nur dort möglich, wo sie, wie auch immer, von den jeweils vorgegebenen konkreten Verhältnissen ausgeht und auf sie aufbaut, statt etwas von oben und außen einfach aufsetzen oder importieren zu wollen. Es gibt keine universale Modernisierung im Sinne westlicher Industrialisierung. Was oft „*Entwicklungshindernisse*“ genannt wurde, ist in vielen Fällen eine tiefgreifende Abwehr gegenüber einem Typ von sozio-kultureller Veränderung, der als unverträglich mit dem Überleben der „*Empfänger*“ angesehen wird.

2. In engem Zusammenhang mit dieser sozio-kulturellen Dimension steht die *Beteiligung der Bevölkerung*. Ein Entwicklungsprozeß ist nur lebensfähig, wenn er von der Breite der Bevölkerung getragen wird. Die wachsende Diskrepanz zwischen politischen und ökonomischen Eliten und der Masse der Bevölkerung verhindert nicht nur eine Erhöhung der materiellen Lebensqualität, sondern auch und gerade eine für den gesamten Entwicklungsprozeß notwendige Verstärkung der Selbst- und Eigenständigkeit der Bevölkerungen, die ohne Wandel der politischen und sozialen Verhältnisse undenkbar ist. Jede *Grundbedürfnisstrategie* muß scheitern, wenn sie politische Partizipation ausschließt. Die sogenannte unpolitische und technokratische Entwicklungspolitik und Entwicklungshilfe hat massive politische Konsequenzen, nämlich die Förderung eines Status quo, der für die ökonomische Entwicklung keineswegs optimal, für die soziale Entwicklung oft schädlich und zur Förderung politischer Partizipation und zur Verwirklichung der Menschenrechte unwirksam ist.

3. Seit 1950 hat sich das Pro-Kopf-Einkommen aller Entwicklungsländer verdoppelt. In den Ländern mit niedrigem Einkommen war der durchschnittliche Anstieg des Bruttosozialproduktes pro Kopf jedoch nur halb so hoch, und sowohl in den Ländern mit niedrigem als auch mit mittlerem Einkommen lag der Einkommenszuwachs der Armen unter dem Durchschnitt. Bedingt durch das anhaltende Bevölkerungswachstum ist die *Anzahl der in absoluter Armut lebenden Menschen gestiegen*. Ihre Zahl wird auf 450 Millionen geschätzt. Das Konzept des forcierten Wirtschaftswachstums der Entwicklungsländer ist daran gescheitert, daß sich die Annahme, Einkommenssteigerungen würden zur Masse der Bevölkerung „durchsik-

kern“, nicht bewahrheitete. Die als „*Grundbedürfnisstrategie*“ bezeichnete Alternative hat – trotz aller Unklarheiten und Widerstände – an Plausibilität gewonnen.

4. Mit Entwicklungshilfe läßt sich der Kampf gegen Hunger und Elend in der Dritten Welt nicht gewinnen. Die Formel „*Handel und Hilfe*“ ist zur allgemein anerkannten Kombination einer möglichst umfassenden wirtschaftspolitischen Strategie geworden. Ohne daß die Hilfe vernachlässigt wird, stellt sich die Neuorganisation der handels- und wirtschaftspolitischen Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern immer deutlicher als unvermeidbar heraus. Der Konfrontation ordnungspolitischer Modelle stellt sich die Notwendigkeit entgegen, nach Elementen einer neuen Weltwirtschaftsordnung zu suchen, die der Interdependenz der Probleme, der Entwicklungsbereiche und der Handlungskonzepte entspricht. Sowohl Weltwirtschaft wie Weltwährung erfordern eine organisatorische Struktur, die den langfristigen gemeinsamen Interessen aller Beteiligten gerecht wird. Für eine schrittweise Neuordnung der Weltwirtschaft haben zwei Aspekte an Notwendigkeit, Gewicht und Dringlichkeit erheblich zugenommen: die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Entwicklungsländer untereinander und die Strukturanpassungsprozesse in den Industrieländern.

5. Die jüngste Kritik namhafter Entwicklungspolitiker an der Form der bisherigen öffentlichen Entwicklungshilfe spiegelt die Erfahrung, daß die Fragen des Umfangs, der Bedingungen und der Zielorientierung der *bilateralen finanziellen und technischen Zusammenarbeit* erneut zu problematisieren sind. Und zwar nicht nur bezüglich einer noch weitergehenden Differenzierung der Entwicklungsländer, die im Hinblick auf eine jeweils angepaßte wirtschaftliche Zusammenarbeit immer notwendiger erscheint, sondern auch auf der grundsätzlichen Ebene der durch Entwicklungshilfe tatsächlich stattfindenden Erhöhung des Reichtums politischer und wirtschaftlicher Eliten. Das Fehlen langfristiger Verbindlichkeit von Entwicklungshilfe-Zusagen und die Problematik der Hilfeleistung für nichtrechtsstaatliche Regime einschließlich der Menschenrechtsproblematik erfordern politische Entscheidungen, die getroffen werden müssen, soll Entwicklungshilfe eine der beiden Hauptsäulen der Entwicklungspolitik bleiben.

Orientierungen für die Dritte Entwicklungsdekade

Rechtzeitig erschien zu Beginn des Jahres 1980 der Bericht der „*Unabhängigen Kommission für internationale Entwicklungsfragen*“, auch kurz „*Nord-Süd-Kommission*“ oder – nach ihrem Vorsitzenden – „*Brandt-Kommission*“ genannt (vgl. HK, April 1980, 206–209); er trägt in deutscher Übersetzung den Titel: „*Das Überleben sichern. Gemeinsame Interessen der Industrie- und Entwicklungsländer.*“

Ihrem Auftrag entsprechend hat die Kommission eine umfangreiche und anschauliche Lageanalyse mit zahlrei-

chen Empfehlungen vorgelegt. Ausgehend von den unzureichenden Ergebnissen der bisherigen Entwicklungsbestrebungen sowie der Dringlichkeit und Interdependenz der verschiedenen Problemfelder unter Einbeziehung der Rüstungsexpansion in den Nord-Süd-Zusammenhang, sieht die Kommission die Lösung des Nord-Süd-Konflikts als Gegenstand unserer eigenen Zukunftssicherung und der Politik zur Erhaltung des Weltfriedens. Erklärt wird diese Ansicht mit der engen Interessenverflechtung zwischen Nord und Süd sowie Ost und West. Auf der Basis dieses Prinzips der „Gemeinsamkeit der Interessen“ entwickelt die Kommission ein ökonomisches, eher harmonisierendes Konzept, das die Macht- und Wirtschaftskonflikte in Richtung auf Integration und Gleichgewicht meint überwinden zu können. Das aus der Gemeinsamkeit der Interessen erwachsende solidarische Handeln, das nicht nur wirtschaftliche Opfer, sondern auch Änderung der Sozialstrukturen und fortlaufende gesellschaftliche Änderungen in Industrie- und Entwicklungsländern verlangt, findet nach Ansicht der Kommission seinen Ausdruck in einem umfangreichen Katalog von Maßnahmen, die kurz- und langfristig von den Regierungen der Industrie- und Entwicklungsländer verwirklicht werden müssen. Dazu zählen gemeinsame Programme zur Bekämpfung der Folgen des Bevölkerungswachstums auf der Grundlage bisher ungeklärter sozialer und biomedizinischer Zusammenhänge. Die ökologischen Rahmenbedingungen sollen bei allen Vorhaben beachtet werden. Die Industrieländer sollen mit den Entwicklungsländern Maßnahmen zur Stabilisierung von Rohstoffpreisen auf einträglichem Niveau in Angriff nehmen und Handelschranken gegen Importe von Halb- und Fertigwaren aus den armen Ländern beseitigen. In internationalen Absprachen soll vor allem die Energieversorgung der ärmeren Länder verbessert werden.

Die *Industrialisierung* in den Entwicklungsländern erkennt die Kommission als notwendig und wünschenswert an. Die reichen Länder müssen ihren Beitrag durch Abbau protektionistischer Handelsbehinderungen sowie durch technische und finanzielle Zusammenarbeit leisten. Daneben sollen weltweite Anstrengungen zur Steigerung der Nahrungsmittelproduktion durch Förderung der Landwirtschaft mit technischer und finanzieller Hilfe unternommen werden. Dabei können institutionelle, soziale und organisatorische Reformen der Landwirtschaft in den Entwicklungsländern neue Impulse vermitteln. Industrie- und Entwicklungsländer sollen gemeinsame Verpflichtungen eingehen hinsichtlich der Förderung und Steuerung von Auslandsinvestitionen und hinsichtlich des Technologietransfers.

Umfangreiche Vorschläge unterbreitet die Kommission zum *Ressourcentransfer*. Nach ihren Berechnungen können ab 1985 rund 50 bis 60 Milliarden US-Dollar bereitgestellt werden; zu diesem Zweck sollen das Kapital und die Kreditemächtigungen der Weltbank und der regionalen Entwicklungsbanken erhöht werden. Darüber hinaus müssen Sonderziehungsrechte und Goldbestände des Internationalen Währungsfonds zur Entwicklungsfinanzie-

rung im Rahmen einer inflationsneutralen Finanzierung mobilisiert werden. Weitere Quellen für die Hilfe sind private Kapitalmarktmittel. Die künftigen Ressourcen sollen nach dem Grundsatz der Universalität von allen Industrieländern einschließlich der Ostblockstaaten und der erdölexportierenden Länder aufgebracht werden. Dabei sollen bis 1985 0,7% des Bruttosozialprodukts und 1% bis zum Jahre 2000 als Ziele für den Umfang der öffentlichen Hilfe erreicht werden.

Längerfristig sollen *automatische Transfers* nach dem Muster internationaler Steuern zur Grundlage der Entwicklungsfinanzierung werden. Neue Finanzierungsinstrumente der Entwicklungshilfe verlangen nach Ansicht der Kommission auch Reformen in den internationalen Institutionen und Verhandlungsmechanismen. In den internationalen Organisationen soll das Konsens-Prinzip stärker durchgesetzt werden. In den währungs- und kreditpolitischen Einrichtungen wie der Weltbank soll die Verantwortlichkeit der Entwicklungsländer durch Beteiligung an den Beschlüssen verstärkt werden.

In einem *Sofortprogramm* faßt die Kommission Maßnahmen mit größter Dringlichkeit zusammen. Vorrangig sollen Maßnahmen zur Deckung der Bedürfnisse der Ärmsten und zur Erhöhung des Ressourcentransfers erfolgen. Weitere Bestandteile des kurzfristig durchzusetzenden Programms sind eine internationale Energiestrategie und ein Nahrungsmittelprogramm sowie ein Gipfeltreffen, bei dem die einzelnen erforderlichen Schritte in die Wege geleitet werden sollen.

Obwohl der Bericht die Probleme der kulturellen Identität und der technischen Beratung in den Hintergrund drängt, die begrenzte Aufnahmefähigkeit der Empfängerländer nicht beachtet und die nichtstaatlichen Selbsthilfeorganisationen unterbewertet, so ist dennoch zu hoffen, daß die deutlichen Aussagen des Berichts und die moralische Kraft der Argumente langfristigen Zielsetzungen der Entwicklungspolitik zum Durchbruch verhelfen werden.

Unter Berücksichtigung der Empfehlungen der Unabhängigen Kommission für internationale Entwicklungsfragen hat das Bundeskabinett im Juli 1980 „*Die entwicklungspolitischen Grundlinien der Bundesregierung*“ verabschiedet. Diese Neufassung der entwicklungspolitischen Konzeption enthält zustimmende, detaillierte Aussagen zu vier Fünftel der insgesamt 93 Einzelempfehlungen des Brandt-Berichts. Hinsichtlich der Ziele und Methoden der deutschen Entwicklungspolitik wird schwerpunktmäßig betont: Die Länder der Dritten Welt sollten sich nach eigenen Fortschrittsleitbildern entwickeln. Die *Bekämpfung der absoluten Armut* ist vorrangige Aufgabe der deutschen Entwicklungspolitik. Dabei geht es zuallererst darum, die Grundbedürfnisse der Menschen zu befriedigen.

Die Bundesregierung wird jenen Ländern, die ihre eigenen Anstrengungen besonders auf die Bekämpfung der absoluten Armut richten, verstärkt Mittel zur Verfügung stellen. Die Bundesregierung beteiligt sich an Sonderprogrammen von hoher entwicklungspolitischer Priorität. Sie schlägt ein international koordiniertes ökologisches Schwerpunktprogramm vor. Integration in den Welt-

markt ist kein Allheilmittel. Den Schwellenländern, die gute Aussichten für eine stärkere Integration in die Weltwirtschaft haben, muß dieser Weg durch eine liberale, nichtprotektionistische Welthandelspolitik offenstehen. Für die übrigen Entwicklungsländer dürften wesentliche Anstöße jedoch vorerst von einer stärkeren Innenorientierung zu erwarten sein. Regionale und Gemeinschaftsvorhaben, die mehreren Entwicklungsländern zugute kommen, werden verstärkt gefördert. Ein größeres Mitspracherecht der Entwicklungsländer in den internationalen entwicklungspolitischen Gremien ist eine der Voraussetzungen dafür, daß sie ihren Teil an politischer Verantwortung übernehmen. Entwicklungspolitik will die Eigenständigkeit und politische Unabhängigkeit der Entwicklungsländer stärken. Entwicklungspolitische Zusammenarbeit ist deshalb grundsätzlich unabhängig von inneren politischen Veränderungen in den Partnerländern.

Die Bundesregierung begrüßt das von den Vereinten Nationen proklamierte Menschenrecht auf Entwicklung. In Staaten, in denen Willkür, Einschüchterung und physische Bedrohung die Beziehungen zwischen den Regierenden und den Regierten charakterisieren, werden allenfalls Vorhaben gefördert, die unmittelbar der notleidenden Bevölkerung zugute kommen. Die Bundesregierung ist bereit, solche Aktivitäten von Befreiungsbewegungen zu unterstützen, die auf eine friedliche und demokratische Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes abzielen. In den Entwicklungsländern müssen zum Abbau innerer Entwicklungshemmnisse *soziale und wirtschaftliche Reformen* durchgeführt werden; die Bundesregierung unterstützt Regierungen, die sich die Verwirklichung des sozialen Fortschritts und der sozialen Gerechtigkeit sowie die Wahrung der Menschenrechte zum Ziel gesetzt haben. Im Hinblick auf die bilaterale Zusammenarbeit mißt die deutsche Entwicklungspolitik drei Sektoren besonders hohe Priorität bei: Ländliche Entwicklung, Energie und Schutz der natürlichen Ressourcen. Die Länder in den Armutsgürteln Afrikas und Asiens sind *Schwerpunkt-Regionen* der Zusammenarbeit.

Der Umfang der Zusammenarbeit mit den ärmeren Entwicklungsländern wird weiter erhöht. Entwicklungsprozesse können gewachsene soziale Strukturen, Glaubens- und Verhaltensformen gefährden oder zerstören, ohne daß vergleichbare neue an ihre Stelle treten. Die Bundesregierung wird die Stärkung der kulturellen Identität der Entwicklungsländer im Rahmen ihrer Auswärtigen Kulturpolitik unterstützen. Sie wird bei Projektplanung und -prüfung größeres Gewicht auf *die Behandlung sozialer und kultureller Folgewirkungen* legen. Hinsichtlich der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der Strategie der gemeinsamen Verantwortung werden vor allem folgende Bereiche genannt: Energie, Rohstoffe, Ernährung, Handel, Finanzen und Währung. Im Hinblick auf die Erreichung des 0,7%-Ziels wird sich die Bundesregierung bemühen, den Anteil ihrer öffentlichen Leistungen am Bruttosozialprodukt im Laufe der 80er Jahre rasch und erheblich zu steigern.

Im Vorwort zum „Weltentwicklungsbericht 1980“ warnt

der bisherige Weltbankpräsident *Robert McNamara* vor der realen Gefahr, „daß die binnenwirtschaftlichen Probleme der reicheren Länder diese veranlassen könnten, die immensen Schwierigkeiten der sich entwickelnden Welt ebensowenig genügende Aufmerksamkeit zu schenken wie den Härten, die durch beschränkte oder kurzfristige Maßnahmen in den Bereichen Energie, Handel und finanzielle Unterstützung verursacht werden können“.

Diese Warnung an die Adresse der Industrieländer ist ein Grundgedanke, der sich durch den Weltentwicklungsbericht 1980 zieht; denn inwieweit die Entwicklungsländer in der Lage sein werden, sich die für ein Wirtschaftswachstum notwendigen Importe und Exporte leisten zu können, hängt weitgehend von der Öffnung oder vom Offenhalten der Märkte der Industrieländer ab, auf denen die Dritte Welt zwei Drittel ihrer Exporte absetzen kann. Die *Bürden der Energiepreisverteuerungen* müssen gemeinsam getragen werden. Der zweite Grundgedanke des Berichtes besagt, daß Wirtschaftswachstum abhängig ist von einer ausreichenden Entwicklung der menschlichen Fähigkeiten, dieses Wachstum zu erzeugen.

Dieser Grundgedanke resultiert aus der Weltbankpolitik der siebziger Jahre, nicht nur allgemein Wirtschaftswachstum zu fördern, sondern gezielt das Problem der „absoluten Armut“ anzugehen. Hier besteht die zentrale Aussage des Berichtes darin, daß Gesundheit, Ernährung, Erziehung und Fruchtbarkeit nicht nur miteinander verbunden sind, sondern auch einen Einfluß auf das Einkommen und Bruttosozialprodukt der Entwicklungsländer haben. Der Bericht gibt einen straffen Überblick über die Situation der menschlichen Entwicklung in den einzelnen Regionen der Dritten Welt; besonderes Gewicht wird hierbei auf die Gebiete Südasiens und Afrikas südlich der Sahara gelegt, in denen die absolute Armut am bedrückendsten ist. Fazit des Weltbankberichts: „Der wertvollste Faktor, über den jedes Land verfügt, sind seine Menschen; sie sind zugleich Mittel und Zweck des wirtschaftlichen Fortschritts.“

Der um 10 Tage verlängerten 11. *Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen über internationale Entwicklung und Zusammenarbeit* (August/September 1980) war die Aufgabe gestellt, „die bei der Errichtung der Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung in den verschiedenen Foren des Systems der Vereinten Nationen erzielten Fortschritte zu bewerten und auf der Grundlage dieser Bewertung geeignete Maßnahmen zur Förderung der Entwicklung der Entwicklungsländer und der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu ergreifen, einschließlich der Verabschiedung der neuen Internationalen Entwicklungsstrategie für die 80er Jahre“. Ferner sollte die Sondergeneralversammlung dazu führen, „eine Serie globaler und fortlaufender Verhandlungen über internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit im Dienste der Entwicklung einzuleiten“.

Nach harten Verhandlungen, die mehr denn je die Konturen der Konfrontation zwischen Nord und Süd zeigten, einigte sich die Konferenz auf eine *Internationale Strategie für die Dritte Entwicklungsdekade*; keine Einigung jedoch

wurde über die Prozedur erzielt, mit der in sogenannten „globalen Verhandlungen“ die Kernprobleme der Weltwirtschaft behandelt werden sollen. Die Internationale Entwicklungsstrategie betont die Verpflichtung zur Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung und die vitale Wichtigkeit einer beschleunigten Entwicklung der Dritten Welt für das stetige Wachstum der Weltwirtschaft. Sie sieht eine 7%ige jährliche Steigerung des Bruttoinlandsprodukts der Entwicklungsländer vor, 4% in der Landwirtschaft, 9% in der Industrie. Die Öffnung der Märkte der Industrieländer, eine Reform des internationalen Währungssystems, die schnelle Erschließung aller Energieträger und der Zugang zur Energietechnologie für Entwicklungsländer sind weitere wichtige Maßnahmen. Die Forderung, das 0,7%-Ziel müsse 1984 erreicht sein und sei 1990 auf 1% zu steigern, konnte die „Gruppe der 77“ nicht durchsetzen. Man blieb bei einer Absichtserklärung. Wohl aber beschloß man eine Verdoppelung der Hilfe für die ärmsten Länder bis 1985.

So wichtig die Strategie für die Entwicklungsländer sein mag, so setzt sie doch nur einen *Aktionsrahmen*, der durch konkrete Verhandlungen ausgefüllt werden muß. Kommen diese „globalen Verhandlungen“ zu keinem Ergebnis, dann bleibt die Strategie ein Dokument unter vielen, das vermutlich ebensowenig an der verzweifelten Lage der Entwicklungsländer ändern wird wie die Strategiepapiere früherer Dekaden. Über die Terminplanung des „Globaldialogs“ von Januar bis September 1981 hat man sich verständigt, über die Kompetenzfrage und die Tagesordnung nicht.

Hinter diesem Scheitern an scheinbar nur formalen Punkten verbirgt sich der Konflikt zwischen Industrienationen und Entwicklungsländern. Die Streitfrage lautet: Wo soll man über Energie und Währung, Handel und Finanzen reden? In einem von der Vollversammlung der Vereinten Nationen gebildeten „zentralen Organ“, wo jedes Land eine Stimme hat? Oder in den bestehenden Institutionen Weltwährungsfonds und Weltbank, wo die Industriestaaten die Kontrolle in der Hand halten? Schon seit Jahren fordern die Entwicklungsländer institutionelle Reformen. Namentlich Organisationen wie der Internationale Währungsfonds, die Weltbank oder das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen vertreten nach Ansicht der Entwicklungsländer einseitig die Interessen des industrialisierten Nordens. Stein des Anstoßes ist vor allem das bei diesen Institutionen praktizierte Quotensystem, wonach sich das Stimmengewicht der einzelnen Länder nach Maßgabe ihrer Kapitalanteile richtet. Die Entwicklungsländer wollen den weltwirtschaftlichen Dialog vermehrt in jene Organisationen verlagern, welche nach dem Prinzip „ein Land – eine Stimme“ funktionieren. Auf diese Weise soll das Übergewicht der Industriestaaten neutralisiert und Voraussetzungen dafür geschaffen werden, den materiellen Forderungen der Dritten Welt eher zum Durchbruch zu verhelfen. Dafür sind die Vereinten Nationen und ihre Sonderorganisationen, wo jedes Land ungeachtet seiner Größe und seiner Bedeutung stimmenmäßig das gleiche Gewicht hat und wo zudem gut zwei Drittel der Mitglie-

der zum Lager der Entwicklungsländer zählen, nach Ansicht der Entwicklungsländer geradezu prädestiniert. Dieser Versuch der Entwicklungsländer, dem Dialog einen neuen institutionellen Rahmen zu geben, führte auf der 11. Sondergeneralversammlung schließlich zu einer Kompromißformel, die mittels eines Phasenplans die Gespräche zunächst im „zentralen Organ“, dann dezentralisiert in den verschiedenen, für Teilbereiche zuständigen Organisationen der Vereinten Nationen und schließlich wieder in einem Organ der Vollversammlung geführt sehen wollte. Weil dabei die alles entscheidende Kompetenzfrage nur unzureichend geklärt wird, waren die Delegationen der USA, Großbritanniens und der Bundesrepublik nicht bereit, diesem Kompromiß zuzustimmen. Aller Voraussicht nach sind damit die „globalen Verhandlungen“ erst einmal auf die lange Bank geschoben. Im Hinblick auf den künftigen Nord-Süd-Dialog läßt das Ergebnis der 11. Sondergeneralversammlung erkennen, daß der *Hauptkonflikt* der nächsten Jahre vorprogrammiert ist: Über vitale Energiefragen wird zwischen Nord und Süd nur verhandelt werden, wenn der Westen eine grundlegende Reform des Weltwährungs- und Finanzsystems zugesteht.

Neue Konzepte, Schwerpunkte und Strategien

Während sich die Auseinandersetzung zwischen Nord und Süd im Bereich der institutionell-organisatorischen Neuordnung der Weltwirtschaft, des Welthandels und der internationalen Arbeitsteilung sowie der Weltwährung zur Konfrontation hin festzufahren scheint, wobei die machtpolitischen Überlegungen und Interessen immer deutlicher die ordnungspolitischen Grundsatzfragen verdrängen, werden im Bereich der theoretischen und praktischen Entwicklungspolitik neue Konzepte, Schwerpunkte und Strategien deutlich, die sich insgesamt und grundlegend durch das Prinzip „Ausrichtung auf den Menschen“ auszeichnen. Dies zeigt sich nicht nur am häufigen Gebrauch von Begriffen wie Grundbedürfnisbefriedigung, „Graswurzel“-Projekte, gerechtes Wachstum, soziale Mobilisierung und Partizipation; vielmehr scheint die in den letzten Jahren geführte Diskussion über Entwicklungsstrategien insgesamt die Erkenntnis zu erhärten, daß die eigentlichen Faktoren jeder entwicklungspolitischen Zusammenarbeit nicht Maschinen, Strukturen, Kapital und Technologie sind, sondern die Menschen.

Es gibt aber keine unterentwickelten Menschen, es gibt nur anders entwickelte Menschen – anders aufgrund unterschiedlicher Denkart und ihrer kulturell-geistigen, oft religiösen Ausprägung, aufgrund anderer Wertvorstellungen, Verständnisswelten, Problemzugängen und anderer geistigen Grundorientierung des Handelns. Somit treten kulturelle Deutungsmuster, wertbedingte Verhaltensweisen, autochthone Sozialstrukturen, Traditionen und Institutionen sowie Prozesse der Berührung, Durchdringung und Vermischung von Kulturen in den Vorder-

grund wissenschaftlichen und politischen Interesses. Diese „Ausrichtung auf den Menschen“ korrespondiert mit der politisch-programmatischen Entscheidung der Entwicklungsländer für Selbst- und Eigenständigkeit und Vertrauen auf die eigenen Kräfte („self-reliance“), die die Errichtung einer vergleichsweise autozentrierten Wirtschaft, Selbstversorgung bei Grundbedürfnissen, Unabhängigkeit, nationale Souveränität und kulturelle Identität beinhaltet.

An der Schwelle der achtziger Jahre läßt sich zumindestens vermuten, daß die Strategie der „Entwicklung von unten“ an Boden und Gewicht gewinnen wird. Dies bedeutet, daß nicht nur Überlegungen über den Stellenwert der Menschenrechte in der Entwicklungspolitik an Brisanz und Bedeutung zunehmen werden, sondern vor allem daß die Grundprinzipien der Teilhabe und der Teilnahme der Bevölkerung bisherige sektorale und instrumentale Teilstrategien, die sich auf Infrastruktur, Industrialisierung, Dienstleistungen und Technologie ausrichten, modifizieren werden und verstärkten Anlaß bieten, bisher noch offene Fragen des Kampfes gegen die absolute Armut, der „Grundbedürfnisstrategie“ und der „integrierten ländli-

chen Entwicklung“ mit Nachdruck zu verfolgen. Freilich stößt die Betonung der sozialen und der politischen Dimension von Wachstum und Gerechtigkeit in vielen Entwicklungsländern auf das Problem der mächtigen Eliten, auf ein inzwischen tief verwurzeltes Mißtrauen gegen Konzepte, Meinungen und Vorschläge von außen und auf eine teils überempfindliche Sorge um die nationale Souveränität. Dennoch wächst bei internationalen Organisationen und auch bei nationalen Regierungen ein gewisser Konsens über die Neuorientierung der auf Kapitalbildung und Wirtschaftswachstum ausgerichteten Methoden, weg von umfangreichen und zentralisierten Großprojekten hin zur Entwicklung der „menschlichen Ressourcen“, zum Einsatz arbeitsintensiver Produktionsverfahren in der industriellen und landwirtschaftlichen Entwicklung und insbesondere zu Maßnahmen, die die Situation der Armen im ländlichen Bereich direkt betreffen und deren Verteilungswirkung unmittelbar zu Buche schlägt. Solche Schwerpunktbildungen sind im Rahmen einer Globalstrategie nicht realisierbar; die Dritte Entwicklungsdekade wird deshalb durch eine differenzierte Pluralität von Strategien gekennzeichnet sein. *Hans Zwiefelhofer*

Interview

Papsttum und Kirche: Perspektiven des gegenwärtigen Pontifikats

Ein Gespräch mit Professor Heinrich Fries

Der Besuch Johannes Pauls II. in der Bundesrepublik verlangt über die in vielen Fällen wohl schon wieder verfliegenen unmittelbaren Wirkungen hinaus nach solider und ehrlicher Aufarbeitung. Dazu gehört notwendigerweise auch die Frage, welchen Stempel dieser Papst in seinem bisherigen Pontifikat dem Petrusamt aufgeprägt hat, welche Perspektiven sich daraus für die keineswegs abgeschlossene Diskussion über die Stellung des Papstamtes in der Kirche und der Rolle des Papsttums für die Einheit der Kirchen ergeben. Wir sprachen über diese Probleme mit Professor Heinrich Fries, bis zu seiner Emeritierung Ordinarius für Fundamentaltheologie an der Universität München. Die Fragen stellte Ulrich Ruh.

HK: Herr Professor Fries, das Zweite Vatikanum hat die starke Akzentsetzung des Ersten Vatikanums auf den päpstlichen Primat durch die Aufwertung der bischöflichen Kollegialität ergänzt. Seither sind auch etliche Schritte unternommen worden, um das Gewicht der Ortskirchen stärker zur Geltung zu bringen. Dennoch ist im

und nach dem Konzil die Spannung zwischen Primat und Kollegialität letztlich unaufgelöst geblieben. Wie stellt sich gegenwärtig, 15 Jahre nach dem Konzil, das Verhältnis beider Größen in der Kirche dar?

Fries: Beim Zweiten Vatikanum sind die Primataussagen von 1870 sogar dem Wortlaut nach übernommen worden. Andererseits wurden diese Aussagen angereichert und damit in einen neuen Kontext gestellt durch die Betonung der Kollegialität, einer Kollegialität, die ihrerseits nicht isoliert vom Papst zu verstehen ist. Der Papst ist in diese Kollegialität eingebunden, behält aber darin seine ihm eigene Funktion und Aufgabe. Die jetzige Situation ist wohl so zu beschreiben, daß die Spannung zwischen der Ekklesio-logie des Ersten und des Zweiten Vatikanums weiterbesteht und es noch nicht in allem zu einer Verhältnisbestimmung zwischen Primat und Kollegialität gekommen ist, durch die diese Spannung ohne Reibung ausgehalten werden könnte. Auch der jetzige Pontifikat ist durch diese Situation bestimmt, nämlich einerseits, nichts von dem weg-